

Strom frei kaufen: FDP scheitert mit ihrer Idee knapp

Freie Wahl des Stromlieferanten für alle, tiefere Preise und mehr Versorgungssicherheit: Das würde eine vollständige Strommarkt-Liberalisierung gemäss FDP bringen. Viele im Grossen Rat sahen diese Vorteile, sprachen sich aber gegen eine Standesinitiative des Aargaus mit dieser Forderung aus.

Fabian Hägler

Ab dem Jahr 2024 ist der Aargau der zweit teuerste Kanton, wenn es um den Strompreis geht. Die FDP ist sicher, dass eine vollständige Liberalisierung des Marktes den Strom günstiger machen würde. Die Freisinnigen wollen, dass künftig auch private Stromverbraucher ihren Anbieter frei wählen können. Deshalb solle der Aargau das nationale Parlament mit einer Standesinitiative auffordern, den Markt zu liberalisieren.

FDP-Energiepolitiker Adrian Meier (FDP) sagte im Grossen Rat, eine vollständige Strommarkt-Liberalisierung trage auch zu einer sicheren Versorgung bei. Im Winter müsse die Schweiz viel Strom importieren - dafür sei künftig ein Stromabkommen mit der EU nötig, Voraussetzung da-

für sei wiederum eine Marktliberalisierung in der Schweiz. Die Diskussion müsse jetzt geführt werden, deshalb brauche es eine Standesinitiative aus dem Aargau.

Bedenken wegen EWs: einmal Ja, einmal Nein

Daniel Notter (SVP) fragte rhetorisch, wer bei Wahlfreiheit, niedrigeren Preisen und Versorgungssicherheit schon Nein sagen könnte. Doch ob dies alles bei einer Strommarkt-Liberalisierung eintreten werde, lasse sich nicht voraussagen, fügte er an. Die SVP habe zudem Bedenken wegen möglicher Auswirkungen auf die Aargauer Energieversorger, stimme aber dennoch zu, sagte Notter.

Auch Mitte-Sprecher Ralf Bucher sagte, seine Fraktion sei eher skeptisch, weil eine Strommarkt-Liberalisierung

für die rund 100 Elektrizitätswerke im Aargau schwierig werden könnte. Man anerkenne die Bedeutung eines Stromabkommens mit der EU. Ob dafür eine Marktliberalisierung nötig sei, sei aber offen. Die Liberalisierungsfrage werde in Bern ohnehin diskutiert, die Standesinitiative brauche es dafür nicht, sagte Bucher.

GLP für Liberalisierung, Grüne zumindest offen

Gian von Planta sagte, die GLP sei für eine Liberalisierung. Diese hätte den Vorteil, dass Aargauer EWs ihren Strom auch in der EU verkaufen könnten. Die Konsumenten hätten mehr Wahlfreiheit, die Versorgungssicherheit würde gestärkt - dennoch ist die GLP gegen die Standesinitiative. Dieses Instrument sei nur angebracht, wenn ein Kanton speziell betroffen sei. Dies sei beim



Eine Stromzähler-Ableserin der AEW Energie AG bei der Arbeit - die kleinen Kunden können ihren Lieferanten bisher nicht wählen.
Bild: AEW/zvg

Strom nicht der Fall, die Axpo sei eine überkantonale Firma, es gebe auch ausserhalb des Aargaus grosse Kraftwerke.

Jonas Fricker (Grüne) sagte, man dürfe das Fuder nicht überladen, deshalb sei im Bundesparlament beim sogenannten Mantelerlass Energie die Strommarkt-Liberalisierung ausgeklammert worden. Die Grünen seien offen für die Diskussion über die Liberalisierung, diese müsse aber national geführt werden. Dies werde in Bundes-

bern ohnehin in nächster Zeit stattfinden, das Thema sei bei den Kommissionen auf dem Tisch, deshalb sei die Standesinitiative überflüssig.

SP nennt Bedingungen, EVP schlechte Erfahrungen

Martin Brügger (SP) ist Elektroingenieur und sagte, der Aargau solle als Energiekanton bei Stromfragen eine Stimme haben. Aber auf Bundesebene werde dies schon diskutiert, die energiepolitischen Pflöcke würden in Bern

Bürgerliche Mehrheit lehnt zwingende Offenlegung des Anfangsmietzinses per Formular deutlich ab

Fabian Hägler

In einer Motion verlangen SP und Grüne, dass bei Wohnungsnot die Anfangsmietzinses mittels Formular offengelegt werden. Wenn ein Hausbesitzer einer neuen Mieterin den früheren Mietzins bekannt geben müsse, könnten übertriebene Erhöhungen einfacher erkannt und angefochten werden. Transparenz bei den Vormieten wirke vorbeugend gegen willkürliche Mietzinsserhöhungen und fördere bezahlbaren Wohnraum, argumentieren sie.

Lelia Hunziker (SP) brachte das Beispiel einer Familie, die eine Wohnung suchte und 500 Franken mehr bezahlen sollte als die Vormieterin - den ursprünglichen Zins wussten sie aber nur, weil sie die Mieter kannten. Die Formularpflicht schaffe keine Wohnungen und sei kein Allheilmittel, aber sie stelle eine Hemmschwelle dar, die Mietzinsen unberechtigt hochzuschrauben, sagte die SP-Grossrätin.

EVP für mehr Transparenz, Mitte und GLP dagegen

Andreas Fischer Bargetzi (Grüne) sagte, im Grossen Rat sei die Zahl der Hauseigentümer höher als im kantonalen Schnitt. Aber das Parlament müsse die gesamte Bevölkerung vertreten, diese wohne zu 54 Prozent zur Miete. Eine Formularpflicht zur Vormiete würde für diese Personen einfach und effizient Transparenz schaffen. Zudem sei die Leerwohnungsziffer deutlich gesun-

den - es herrsche Wohnungsnot, sagte der Grüne.

Uriel Seibert (EVP) argumentierte, die Formularpflicht stärke die Transparenz und mache die Mietzins-Entwicklung nachvollziehbar. Dies schaffe Vertrauen zwischen Mietern und Vormietern, das sei notwendig und wichtig. Er habe das Zürcher Formular angeschaut, dort müsse man genau drei Zahlen einfüllen, dies sei effizient und unbürokratisch, hielt Seibert weiter fest.

Karin Koch Wick (Mitte) entgegnete, wenn sich ein Anfangsmietzins als überhöht erweise, könne dieser bei der Mietschlichtstelle angefochten werden. Das Vorgehen sei kostenlos, es gebe einfache Vorlagen, die Erfolgsaussichten seien gut. Der Wohnungsbau werde mit einer Formularpflicht nicht angekurbelt, das Bevölkerungswachstum nicht gebremst, hielt sie fest. Zudem seien Vermieter heute schon verpflichtet, den bisherigen Mietzins auf Anfrage anzugeben.

Dominik Gresch (GLP) sagte, die Forderung von SP und Grünen sei bei den Grünliberalen kontrovers diskutiert worden. Nach dem Motto «Transparenz bringt Schutz vor Missbrauch» habe es durchaus Sympathien für den Vorstoss gegeben. Weil die Motion aber nur bei Wohnungsnot wirksam würde, sei der Nutzen fraglich, erklärte der GLP-Vertreter, dessen Fraktion grossmehrheitlich Nein sagte.

Gabriel Lüthy (FDP) sagte, die von Lelia Hunziker genannte Familie sei ein

Einzelfall, deshalb brauche es kein Gesetz. Es sei unnötig, eine neue Regelung einzuführen, zudem solle man nicht in den Wohnungsmarkt eingreifen. Dies könne sogar kontraproduktiv wirken, bei Eingriffen werde weniger investiert und gebaut. Es gebe schon genügend Mittel, um zu hohe Mieten anzufechten, schloss Lüthy.

FDP sieht Einzelfälle, SVP guten Mieterschutz

Sybille Sommer (SVP) fand, der Wohnungsmarkt sei gut reguliert und der Mieterschutz ausgebaut - eine Formularpflicht bringe keine Vorteile. Der Regierungsrat könne bereits jetzt die Vorgabe für einzelne Gebiete einführen, dies sei zielführend. In Kantonen mit Formularpflicht liege die Leerwohnungsziffer bei 1 Prozent oder darunter, im Aargau seien es 1,4 Prozent, hielt Sommer fest.

Regierungsrat Dieter Egli sagte, punktuell gebe es Wohnungsnot, diese herrsche aber nicht kantonsweit. In anderen Kantonen gebe es keine negativen Erfahrungen mit der Formularpflicht, die Transparenz der Vormieten werde erhöht. Doch das Grundproblem - zu wenig Wohnungen - werde nicht gelöst. Zudem könnten Vormieten angefragt und Erhöhungen angefochten werden, begründete Egli das Nein der Regierung. Der Grosse Rat folgte ihm mit klarer Mehrheit und lehnte eine Formularpflicht für Vormieten mit 88 zu 41 Stimmen ab.

Ranger dürfen Natursünder

Fabian Hägler

Wenn sich Joggerinnen am Hallwilersee oder Biker im Reusstal nicht an die Regeln halten, sollen Aufseher der Schutzgebiete diese büssen dürfen. Das fordern mehrere Grossratsmitglieder um Bauernverbands-Geschäftsführer Ralf Bucher (Mitte) und Pro-Natura-Chef Matthias Betsche (GLP). Bisher dürfen nur Personen, die bei Gemeinde oder Kanton angestellt sind, Bussen ausstellen - dies soll sich gemäss ihrem Vorstoss ändern, der Regierungsrat ist jedoch dagegen.

Bucher sagte in der Debatte, heute müssten die Aufseher auch bei kleinen Vergehen die Polizei rufen, weil sie selber keine Bussen verteilen könnten. Von den Natursündern würden die Ranger nicht ernst genommen - wenn sie Personen büssen könnten, wäre dies besser, um die Vorschriften durchzusetzen. Bucher erklärte, am Hallwilersee und im Reusstal seien die Ranger von Organisationen angestellt, die von der öffentlichen Hand finanziert oder beauftragt würden.

1200 Verstösse im Reusstal und am Hallwilersee registriert

Bucher wandelte den Vorstoss in ein unverbindlicheres Postulat um und fordert die Regierung auf, eine einfachere Lösung zu finden. Betsche lobte die Arbeit der Ranger und sagte, nur deshalb könne die Bevölkerung die Schutzgebiete so nutzen wie heute. Am Hallwilersee und im Reusstal seien mehr als

1200 Verstösse gegen die Schutzgebiets-Vorschriften registriert worden, hielt er fest. Ranger bräuchten eine Bussenkompetenz, das sei in anderen Kantonen gang und gäbe, sagte er.

Therese Dietiker sagte, die EVP stimme dem Postulat zu, denn die Natur habe keine grosse Lobby. Bei Littering oder Falschparkieren im Siedlungsgebiet komme die Polizei, bei solchen Vergehen an der Reuss oder dem Hallwilersee könnten Ranger nicht direkt eingreifen. Das mache den Schutz der Natur kompliziert, eine bessere Lösung müsste möglich sein, forderte sie.

Links-grün wollte Bussen durch Ranger prüfen

Von links-grüner Seite kamen unterschiedliche Signale zur Forderung nach büssenden Rangern. Lelia Hunziker (SP) sagte, das Gewaltmonopol gehöre dem Staat, die Polizei sei für Bussen zuständig. Es brauche nicht mehr Organisationen, die für Ordnung und Sicherheit zuständig seien, sondern mehr Personal für die Polizei - dem Postulat werde aber eine SP-Mehrheit zustimmen, sagte Hunziker.

Maurus Kaufmann (Grüne) sagte, dass Ranger bei Gemeinde oder Kanton angestellt sein müssten, um Bussen auszustellen, sei ein gelungener Kompromiss. Dies stelle eine angemessene staatliche Aufsicht sicher, den Kreis der Personen mit Bussenkompetenz einfach auszuweiten, sei falsch. Bei einem Postulat zur Prüfung der Möglichkeiten wären die Grünen gespalten, sagte er.



eingeschlagen. Zudem könne man nicht einfach den Markt liberalisieren, dies müsse aus Sicht der Sozialdemokraten unbedingt an Bedingungen geknüpft werden. Brügger nannte klimapolitische Ziele und die Forderung, dass grosse Kraftwerke im Besitz der öffentlichen Hand sein müssten.

Roland Frauchiger sagte, die EVP sehe keinen Bedarf für eine Standesinitiative, wie sie die FDP wolle. Die Strommarkt-Liberalisierung sei Sache der Parlamentarier in Bern - dort wer-

de aber reguliert, kritisierte er. Wichtig wäre es, diese bestehenden Regulierungen zu lockern. Frauchiger sagte weiter, mit der Liberalisierung hätten zum Beispiel Bäckereien schlechte Erfahrungen gemacht. Weil die Stromkosten im freien Markt rasch stiegen, seien diese in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Bei der Abstimmung wurde es dann relativ knapp: Der Antrag der FDP für eine Standesinitiative fand mit 57 Ja- zu 68 Nein-Stimmen keine Mehrheit.

AKB-Steuern: Weniger für Aarau, mehr für andere Gemeinden?

Der Grosse Rat will einen Bericht dazu, wie die Steuern der Aargauischen Kantonalbank besser verteilt werden können.

Eva Berger

In 32 Gemeinden zahlte die Aargauische Kantonalbank (AKB) im letzten Jahr Einkommenssteuern. Insgesamt 9,9 Millionen Franken berappte die Bank, den grössten Anteil davon, nämlich 6,3 Millionen, in der Stadt Aarau, dem Hauptsitz der Bank. Dieses Missverhältnis gelte es zu beheben, forderten Stefan Giezendanner, Christoph Hagenbuch (beide SVP) und Silvan Hilfiker (FDP) im Grossen Rat. Die Standortgemeinden der AKB sollen im Verhältnis ihrer Wichtigkeit - etwa nach Kundenvolumen, den Erträgen oder dem Marktgebiet - berücksichtigt werden.

Der Regierungsrat lehnte die Motion ab. Mit der Antwort war Stefan Giezendanner nicht zufrieden. Die AKB-Steuererträge aus den Regionen stünden den Regionen auch zu, dieser Auffassung seien die Motionäre nach wie vor. Die Regierung führe aber lediglich aus, wie man das Problem nicht lösen könne, statt eine gerechtere Verteilung aufzuzeigen.

Eine solche Aufstellung hätten die Motionäre gern, daher wandelten sie den Vorstoss in einen Prüfungsauftrag, ein weniger verbindliches Postulat, um. Auch dieses sei abzulehnen, appellierte Landstatthalter und Finanzdirektor Markus Diethans Parlament. Zwar sei das Anliegen nachvollziehbar. Man

wende aber den adäquatesten Verteilschlüssel bereits an. Andere Vorschläge seien nicht branchenkonform.

Mit 68 zu 56 Stimmen als Postulat überwiesen

Dennoch, der Grosse Rat überwies das Postulat mit 68 zu 56 Stimmen. Geschlossen dafür stimmte die SVP. Aus allen anderen Fraktionen gab es sowohl Ja- als auch Nein-Stimmen.

Gespalten war etwa die FDP. Er sei enttäuscht über diesen Vorstoss, sagte Hanspeter Hilfiker. Er ist Fraktionskollege von Motionär Silvan Hilfiker, zudem Stadtpräsident von Aarau. Hanspeter Hilfiker fragte sich, wie die Umsetzung den Kanton weiterbringen könnte. Eine «Lex AKB», eine Spezialregelung für die Kantonalbank, würde zu Rechtsunsicherheit führen. Der Aarauer Stadtpräsident bat darum, das Postulat abzulehnen.

Das Ziel, dass die Steuern möglichst in den Regionen verteilt werden, werde von der Mitte unterstützt, sagte Maya Bally für deren Fraktion. Aber die Unsicherheiten eines solchen Systemwechsels seien gross, mehrheitlich habe sich die Fraktion deshalb zur Ablehnung entschieden.

Den Vorschlag wenigstens prüfen wolle eine kleine Minderheit der SP, kündete Carol Demarmels für ihre Fraktion an. Aber auch hier: Jetzt das System

zu ändern, wäre mit zu grossen Unsicherheiten verbunden. Gleich argumentierten die Grünen. Man gehe davon aus, dass es ein neues Gesetz brauche, damit die AKB-Steuern anders auf die Regionen verteilt würden. Das lehnten sie ab.

Zuerst brauche es eine Auslegeordnung

Gar als verführerisch bezeichnete Urs Plüss (EVP) die Idee. «Die Frage ist aber, wem die Umsetzung denn dient», meinte er. Weder in der Motion selber noch in der Antwort der Regierung seien Lösungen anderer Kantone oder weitere Möglichkeiten aufgeführt. Diese Auslegeordnung brauche es aber, wolle man eine solche Änderung durchbringen.

Erleichtert nach all diesen Voten schien Stefan Giezendanner. Das Postulat sei offenbar der gangbare Weg, meinte er. Tatsächlich ist heute das Steueramt Aarau für die Berechnung der Steuern der AKB an die Gemeinden zuständig, wie Giezendanner ausführte.

Der Verteilschlüssel wird anhand der Bruttolohnsumme der Mitarbeitenden der jeweiligen Niederlassung berechnet und das sei überholt. Heute sei die AKB nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber der Stadt Aarau, sondern auch ein guter Steuerzahler. Von ihrer Kantonalbank sollen aber auch andere etwas haben.

weiterhin nicht büssen



Peter Wyss, Chef der Hallwilersee-Ranger, darf Natursünder bei Verstössen im Schutzgebiet weiterhin nur ermahnen, aber nicht büssen. Bild: Mathias Förster

SVP, FDP und Regierung klar gegen büssende Ranger

Emanuel Suter (SVP) sagt, die Forderung verfolge eine gute Absicht, aber schon heute könnten Ranger von der Gemeinde angestellt werden. Die Ranger selber wollten nun Bussen verteilen, es bestehe aber kein Bedarf für eine Gesetzesänderung. Die Anstellung bei der öffentlichen Hand und eine Ausbildung im Bussenverfahren seien richtig.

FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker argumentierte ähnlich und sagte, das Verteilen von Bussen sei eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Er warnte da-

vor, diese Kompetenz auszuweiten, sonst würden bald auch Bauamts-Angestellte und Lehrpersonen auf dem Pausenplatz Bussen verteilen.

Regierungsrat Dieter Egli sagte, die Forderung sei rechtsstaatlich heikel, die Kompetenz zur Bussenverteilung solle nicht auf beliebig viele Gruppen ausgeweitet werden. Zudem brauche es eine Ausbildung im Umgang mit renitenten Personen, die sich wehrten. Es sei nötig, die bisherige Regelung konsequent beizubehalten. Dies sah die Mehrheit im Rat auch so: 77 zu 50 Stimmen lautete das Resultat gegen Ranger-Bussen.

Ratsnachrichten

Lucia Engeli und Daniele Mezzi neu im Grossen Rat

Inpflichtnahme Lucia Engeli (SP) und Daniele Mezzi (Mitte) hatten am Dienstag ihre erste Sitzung mit dem Grossen Rat. Engeli rückte für die Aarauer Stadträtin Silvia Dell' Aquila nach, Mezzi für den Wittnauer Werner Müller. (eva)

Höhere Expertenhonore unbestritten

Bildung Der Grosse Rat hat eine Motion von Alfons Kaufmann (Mitte) stillschweigend überwiesen. Diese will, dass die Honorare für Experten in der Berufsbildung und auf der Sekundarstufe 2 erhöht und mindestens mit jenen der umliegenden Kantone vergleichbar sind. (eva)

4,7 Millionen zusätzlich fürs Strassenverkehrsamt

Zusatzkredit Der Grosse Rat hat mit 78 zu 39 Stimmen einem Zusatzkredit über 4,7 Millionen Franken für die Erneuerung der Prüfhalle des Strassenverkehrsamtes in Schafisheim zugestimmt. Einen Zusatzkredit einzuholen sei immer schön, sagten verschiedene Fraktions-sprecherinnen. Die Prüfhalle habe aber eine gewisse Dringlichkeit und eine bessere Lösung gebe es nicht. (eva)

Vorwärts in der Digitalisierung

Steuerwesen Für das Informatikprojekt DIGO hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit über 8,38 Millionen Franken gesprochen. Hinzu kommt ein wiederkehrender Kredit für Wartung und Betrieb über jährlich 214 000 Franken. Mit DIGO sollen Grundstückschätzung und Objektregister im Steuerwesen digitalisiert werden. (eva)

Gemeindestrukturen werden überprüft

Strukturen Der Grosse Rat hat ein Postulat von Gemeindevertretern mit 82 zu 41 Stimmen zur künftigen Gemeinde- und Bezirksstruktur im Aargau überwiesen. Stärken und Schwächen der heutigen Strukturen seien zu

untersuchen. Weil regionale Lösungen der Gemeinden immer weniger den Bezirksstrukturen entsprechen, sei zudem zu prüfen, ob die Bezirke überhaupt noch zeitgemäss seien, sagten die Postulanten. (eva)

Blitzerbussen bleiben bei den Gemeinden

Verkehr Das Kantonsparlament hat einen FDP-Vorstoss zur Aufteilung von Blitzerbussen zwischen Gemeinden und Kanton mit 102 zu 18 Stimmen abgelehnt. Die Freisinnigen setzten sich vergeblich für den Teiler von 65 Prozent (Kanton) und 35 Prozent (Gemeinde) ein, wie er bei der Strassenfinanzierung gilt. Alle anderen Fraktionen waren dafür, dass die Bussen in die Gemeindekasse fliessen. (fh)

ANZEIGE

«Engagiert. Pointiert. Vielseitig. Wir wählen eine Brückenbauerin für alle Generationen.»

Die Mitte 60+

Ständerat: BINDER – Für eine ausgewogene Standesstimme